



Köln, 17. Februar 2021

Presseerklärung zum Jahrestag des Attentats von Hanau

In der Nacht vom 19. Februar 2020 erlebte Deutschland einen seiner grauenvollsten Tage. Ein Jahr nach diesem rassistischen Attentat sind die Sorgen der Angehörigen und Opferfamilien immer noch nicht gestillt. Die rechtsextremistischen Morde von Hanau waren nur ein Höhepunkt einer schrecklichen Serie von Angriffen auf fremd wirkende aber schon seit Jahrzehnten heimisch gewordene Menschen in unserem Land.

Die islamfeindlichen Anschläge auf Moscheen und Gemeindehäuser, xenophobe Übergriffe auf Personen mit Einwanderungsgeschichte, der Anschlag von Halle, der Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke, die NSU-Mordserie oder die Brandanschläge von Solingen und Mölln führen uns immer wieder vor Augen, wie weit der menschenverachtende Rechtsextremismus in die Mitte der Gesellschaft Zugang findet.

Das Attentat von Hanau war ebenso ein Angriff auf Deutschland. Es war ein Angriff auf die gemeinsamen Werte, auf das gesellschaftliche Miteinander und den Frieden. In Hanau verloren Eltern ihre Kinder. Söhne und Töchter verloren ihre Mütter und Väter. Geschwister, Verwandte und Freunde waren plötzlich nicht mehr da.

Denjenigen, die mit Ängsten und Gewalt unsere freie Gesellschaft spalten und unser demokratisches System aushöhlen wollen, dürfen wir keine Chance geben. Wir müssen wachsam sein: Denn Neo-Nazis entwickeln sich nicht urplötzlich zu Verbrechern. Sie haben ein soziales, berufliches und familiäres Umfeld. Sie sind Mitglieder in Vereinen und Organisationen. Sie kommen nicht nur aus den Rändern, sondern aus der gesellschaftlichen Mitte. Und um diese Mitte müssen wir uns als demokratische Gesellschaft kümmern. Diese Mitte dürfen wir nicht den Spaltern überlassen.

Seit Jahren mahnen migrantische und muslimische Organisationen vor der stetig wachsenden Zahl von Drohungen, Angriffen und Diskriminierungen. Die statistisch erfassten Zahlen, die bei Weitem nicht das wahre Ausmaß der Übergriffe, Gewalttaten, Beleidigungen oder Schmähungen zeigen, dürften nur die Spitze des Eisbergs darstellen.

Das Unheil wird unaufhörlich vorausgesagt, findet jedoch oftmals wenig Gehör. Diese „Kassandrarufe“ müssen endlich ernst genommen werden. Schließlich sind nachhaltige staatliche und zivile Projekte im Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus nötiger denn je. Deshalb bitten wir die deutschen Behörden, effektiver und entschiedener gegen rassistischen Terrorismus vorzugehen und verurteilen diesen Anschlag.

Union Internationaler Demokraten

Köksal Kus

Vorstandsvorsitzender

